



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln**

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 03.12.2009

AN/1907/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	17.12.2009

Reduzierung der Zahl der Vorstandsmitglieder bei der KVB

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro Köln bittet Sie folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen und zur Abstimmung zu stellen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die entsandten Mitglieder im Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) einen Beschluss herbeizuführen, der die Anzahl der Vorstandsmitglieder von vier auf zwei reduziert, sowie eine Anpassung der Altersversorgung ab dem 67. Lebensjahr, die erst mit Erreichung des Renteneintrittsalters ausbezahlt wird.

Zur Begründung:

Der Kölner Personennahverkehr im Zuständigkeitsbereich der KVB war früher ein städtisches Amt und wurde als solches von zwei Spitzenbeamten geleitet. Im Rahmen von Effizienzüberlegungen wurde der heutige Bereich der KVB aus der Stadtverwaltung ausgegliedert und als Aktiengesellschaft in den Stadtwerkekonzern eingegliedert. Entsprechende betriebswirtschaftliche Strukturen wurden analog zu einem Börsenunternehmen aufgebaut. Am Tätigkeitsfeld der kommunalen Daseinsfürsorge und dem Charakter eines Monopolunternehmens hat sich nichts geändert. Außer dass politisches Spitzenpersonal dort mit Posten versorgt werden konnte (siehe Reinarz und Fenske). Dies alles kostet den Kölner Bürger viel Geld, denn jedes aktive Vorstandsmitglied inklusive seiner Entourage erhält mindestens 500 000€ pro Jahr aus der öffentlichen Hand. In Anbetracht der Tatsache, dass viele Menschen sich zweimal überlegen müssen, ob sie mit der Bahn in die Stadt fahren, weil ihnen das Geld fehlt, kann es nicht sein, dass in einem solchen Unternehmen die persönliche soziale Frage einzelner Ex-Parteivorsitzender gelöst

wird. Sollte der Antrag beschlossen werden, steht dem Unternehmen mindestens eine Million Euro pro Jahr mehr zur Verfügung.

Gez. Markus Wiener, Jörg Uckermann